

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/8079 –**

Strukturelle Wettbewerbsdefizite auf den Energiemärkten bekämpfen

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Bärbel Höhn, Kerstin Andreae, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/8536 –**

Das Energiekartell aufbrechen – Für Klimaschutz, Wettbewerb und faire Energiepreise

A. Problem

Zu Nummer 1

Umfangreiche strukturelle Maßnahmen zur Beseitigung der vorhandenen Wettbewerbsdefizite.

Zu Nummer 2

Wachsende Belastung der Wirtschaft und der privaten Haushalte durch maßlose Strom- und Gaspreiserhöhungen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8079 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8536 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/8079 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/8536 abzulehnen.

Berlin, den 28. Mai 2008

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Georg Nüblein
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8079** in seiner 154. Sitzung am 10. April 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8536** in seiner 154. Sitzung am 10. April 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Nach Auffassung der Antragsteller müssen strukturelle Maßnahmen ergriffen werden, um die deutsche Energiewirtschaft in den Wettbewerb zu führen. Ein intensiver Wettbewerb sei zu erwarten, wenn das verfügbare Stromangebot durch den Bau neuer Kraftwerke die nachgefragte Strommenge übersteige und die Zahl unabhängiger Erzeuger sowie die wettbewerbswirksamen Strommengen anstiegen. Es bedürfe zielgerichteter Verbesserungen der Rahmenbedingungen, um unabhängigen Investoren den Marktzutritt zum Erzeugungsmarkt zu erleichtern sowie die drohende Versorgungslücke mit Strom abzuwenden. Die Marktmacht der großen Verbundunternehmen erfordere schärfere Kontrollen und mehr Transparenz auf den Großhandelsmärkten. Auch müsse die Beseitigung der Engpässe im grenzüberschreitenden Stromhandel vorangetrieben werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/8079 soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden,

- auf EU-Ebene alternativ zu den Vorschlägen der EU-Kommission zur eigentumsrechtlichen Entflechtung auf eine Verpflichtung der Übertragungsnetzbetreiber hinzuwirken, ihre Netze in einer Gesellschaft zusammenzufassen und als Joint Venture einem unabhängigen Systembetreiber zu übertragen,
- die vier großen deutschen Energieversorger zu verpflichten, einen einheitlichen deutschen Regelenergiemarkt zu organisieren, der sich ausschließlich an technischen Kriterien und nicht an den Eigentumsgrenzen orientiert,
- die Kraftwerks-Netzanschlussverordnung dahingehend zu ändern, dass zumindest vorübergehend diejenigen Unternehmen einen bevorzugten Netzzugang bei Engpässen im deutschen Übertragungsnetz erhalten, die neu auf den Markt treten oder deren Marktanteil derzeit gering ist,

- gesetzliche Instrumente zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und zum vereinfachten Anschluss dezentraler Energiequellen an das vorhandene Netz vorzulegen,
- eine unabhängige Marktbeobachtungsstelle zu schaffen, die Preismanipulationen im Strom- und Gashandel durch eine Echtzeitanalyse der Handelsvorgänge aufdeckt.

Zu Nummer 2

Nach Auffassung der Antragsteller beruht die marktbeherrschende Stellung der großen Energieunternehmen auf ihrer Kontrolle über die Stromübertragungs- und Gasnetze. Eine eigentumsrechtliche Entflechtung von Transportnetzen einerseits und Stromerzeugung sowie Gasbeschaffung andererseits sei eine notwendige Voraussetzung für mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten. Ebenso müsse der Einfluss der persönlich und finanziell stark in die Politik verflochtenen Energielobby auf den demokratischen Prozess eingeschränkt werden. Eine Bestärkung der Verbraucher in ihren Rechten sei in der Auseinandersetzung mit den Preiserhöhungen auf dem Energiemarkt notwendig. Die Energiepreise stellten ein zunehmendes soziales Problem dar.

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/8536 soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden,

- zur Schaffung echten Wettbewerbs auf den Energiemärkten ihren Widerstand gegen die Umsetzung der verpflichtenden eigentumsrechtlichen Entflechtung innerhalb der EU aufzugeben und den Energieversorgern das Eigentum an den Transportnetzen für Strom und Gas zu entziehen,
- zur Durchsetzung fairer Energiepreise Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur bei ihrem Vorgehen gegen Preismissbrauch seitens der Energiekonzerne und Netzbetreiber zu unterstützen,
- zur Verhinderung von Energiearmut Energieeinspar- und Effizienzprogramme zu konzipieren und umzusetzen, die gezielt einkommensschwachen Haushalten und dem Mietwohnungsbau zugute kommen,
- zur Einschränkung der Lobbymacht der Energiekonzerne das Lobbyistenregister transparenter zu gestalten und die Beschäftigung von Unternehmensvertretern in Ministerien zu unterbinden,
- zur Stärkung der Verbraucher auf den Energiemärkten die Einführung von Sammelklagen in das deutsche Recht voranzutreiben, um Energieverbrauchern die gemeinsame Rechtsdurchsetzung zu erleichtern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 16/8079 in seiner 78. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE

LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/8079 in seiner 66. Sitzung am 27. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Zu Nummer 2

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8536 in seiner 102. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 16/8536 in seiner 78. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 16/8536 in seiner 88. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/8536 in seiner 66. Sitzung am 27. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge in seiner 64. Sitzung am 28. Mai 2008 abschließend beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** vertreten die Auffassung, die Übertragungsnetzbetreiber sollten nicht – wie

von der Fraktion der FDP in ihrem Antrag auf Drucksache 16/8079 gefordert – dazu verpflichtet werden, ihre Netze in einer deutschen „Netz AG“ zusammenzufassen. Die Bildung einer bundesweiten Netzgesellschaft sei wünschenswert, dürfe jedoch nicht erzwungen werden. Auch sei zweifelhaft, ob die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag auf Drucksache 16/8536 geforderte eigentumsrechtliche Entflechtung zu niedrigeren Preisen und mehr Investitionsbereitschaft führen würde. Entsprechende Zusammenhänge seien empirisch nicht nachweisbar. Die Fraktionen präferierten den von der Bundesregierung vorgeschlagenen „Dritten Weg“.

Die **Fraktion der FDP** wies auf die Ankündigungen der Konzerne RWE und E.ON hin, ihre Transportnetze verkaufen zu wollen. Die Bundesregierung müsse dem Antrag auf Bildung einer „Netz AG“ nachkommen und die vier Übertragungsnetzbetreiber zusammenschließen. Von Seiten der EU-Kommission seien zu dem Modell der „Netz AG“ positive Signale ausgesandt worden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, angesichts der Verkaufsabsichten von RWE und E.ON entspreche der von der Regierungskoalition präferierte „Dritte Weg“ nicht dem Stand der aktuellen Entwicklung. Die Übertragungsnetze müssten in einer Netzgesellschaft zusammengefasst und in die öffentliche Hand übernommen werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte das weitere Festhalten der Bundesregierung am „Dritten Weg“. Mit den Verkaufsankündigungen von RWE und E.ON seien die Voraussetzungen für eine eigentumsrechtliche Entflechtung geschaffen worden. Die Schaffung einer Netzgesellschaft rücke in greifbare Nähe.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8079 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8536 zu empfehlen.

Berlin, den 28. Mai 2008

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichterstatter

